

Pflegereform sofort angehen

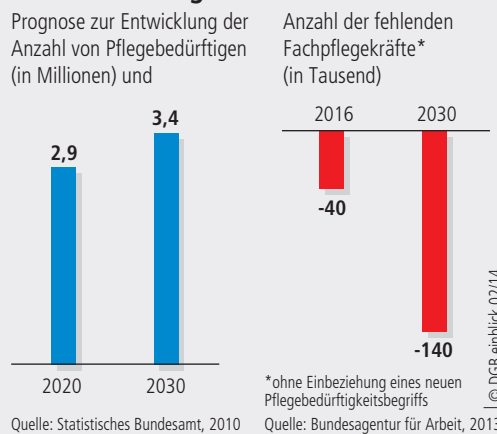
Für den Pflegebereich verspricht die neue Bundesregierung Verbesserungen. Der DGB bewertet einige Ansätze im Koalitionsvertrag positiv. Es gibt aber auch noch Korrekturbedarf.

Pflege. Das „Herzstück“ der schon lange erwarteten Pflegereform ist für den DGB die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Damit würde der steigenden Zahl der Menschen mit Demenzerkrankungen endlich das gleiche Anrecht auf Leistungen aus der Pflegeversicherung eingeräumt wie körperlich Beeinträchtigten. Die Große Koalition will die von Schwarz-Gelb verschleppte Reform „so schnell wie möglich“ umsetzen. Diese Aussage im Koalitionsvertrag hält DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach für zu vage: „Die Pflegereform gehört ins 100-Tage-Programm der Koalition.“

Auch die geplante Erhöhung des Beitragssatzes um 0,3 Prozentpunkte zum 1. Januar 2015 sehen die Gewerkschaften im Hinblick auf die ausstehende Reform kritisch. Die Mehreinnahmen könnten durch Leistungsverbesserungen und den geplanten Aufbau des „Pflegevorsorgefonds“ bereits ausgegeben sein, bevor die Strukturreform überhaupt umgesetzt ist. Mit der Folge, dass dann das Geld fehlt und die Reform bis zur nächsten Legislaturperiode liegenbleibt. In den geplanten Fonds sollen 0,1 Prozentpunkte der Beitragserhöhung fließen. Die Ansparsumme, davon geht der DGB aus, würde für die künftige Versorgung der Versicherten ohnehin nicht ausreichen. Zudem habe die neue Bundesregierung wieder einmal die Chance verpasst, „die Pflege- zu einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln“, so Buntenbach.

Eine Kernforderung der Gewerkschaften erfüllt der Koalitionsvertrag auch nur bedingt: die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Ankündigung, künftig 45 000 zusätzliche Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen finanzieren zu wollen, ist positiv. Offen bleibt, woher diese Arbeitskräfte kommen sollen. Nach aktuellen Prognosen fehlen in zehn Jahren in der

Herausforderung wächst



Schon heute leiden Pflegebedürftige unter dem Mangel an Fachkräften. Hochgerechnet werden im Jahr 2020 aufgrund des demografischen Wandels 300 000 Pflegekräfte fehlen, darunter 140 000 FachpflegerInnen.

Pflege rund 300 000 Beschäftigte, darunter 140 000 Pflegefachkräfte. Eher Absicht denn Tatkraft zeigt auch die Formulierung im Koalitionsvertrag, sich „im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten“ für Personalmindeststandards einzusetzen, und der Hinweis, die Regierung wolle „die Pflegeberufe aufwerten“.

Ein wichtiger Ansatz ist für den DGB die geplante Reform der Pflegeausbildung. Die gemeinsame Grundausbildung und die darauf aufbauende Spezialisierung für Alten-, Kinder- oder Krankenpflege seien grundsätzlich richtig. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hat zudem angekündigt, dass er das Schulgeld in der Pflegeausbildung abschaffen will. Das fordern die Gewerkschaften seit Langem. Annelie Buntenbach erwartet, dass diese Ankündigung „schnell umgesetzt wird“.

● INHALT

- 3 Aufwärtstrend**
Gewerkschaften werden attraktiver
- 5 Gute Arbeit am Set**
Erster Tarifvertrag für Filmbeschäftigte vereinbart
- 7 Mitbestimmung global**
Arbeitnehmerinteressen in großen Konzernen vertreten

WM notfalls entziehen

Katar. Trotz weltweiter Proteste gegen die Arbeitsbedingungen der Wanderarbeiter beim Bau der Stadien für die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 hat sich nichts verändert. In den vergangenen zwei Jahren sind allein 382 Wanderarbeiter aus Nepal den Arbeitsbedingungen zum Opfer gefallen. Weitere Todesfälle wurden jetzt bekannt. „Ein solcher Skandal darf nicht geduldet werden“, so der DGB-Vorsitzende und IGB-Präsident Michael Sommer. Die WM müsse Katar notfalls entzogen werden. „In einem Land, das von sklavenähnlich gehaltenen Wanderarbeitern seine Fußballstadien bauen lässt, darf keine WM gespielt werden.“ ●

| www.rerunthevote.org

— ● PLUS/MINUS —

+ Bundesjustizminister **Heiko Maas (SPD)** will bis Ende März einen Gesetzentwurf für eine verbindliche Frauenquote von 30 Prozent in Aufsichtsräten ab 2016 vorlegen. „Das hat absolute Priorität“, sagte er.

- **Marcus Weinberg, familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, will das Ehegatten-Splitting beibehalten. Familien, in denen ein Ehepartner auf eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit verzichte, dürften „nicht zusätzlich belastet werden“.**

— ● IM NETZ —

www.TheEuropean.eu

Das Magazin „The European“ bietet online ein „Spezial zur Europawahl“ an. Bis zur Wahl wird täglich ein neuer Debattenbeitrag veröffentlicht.



Stellenausschreibung

| Vorstand

Die IG Metall ist eine große und moderne Gewerkschaft mit rund 2,3 Mio. Mitgliedern im Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie vertritt erfolgreich die Interessen der Beschäftigten aus den Bereichen der Metall- und Elektroindustrie sowie der Textil-, Holz- und Kunststoffbranche.

Die wichtigste Aufgabe im Ressort Organisation ist die organisationspolitischen Grundlagen für die IG Metall zu schaffen. Um auch in Zukunft politisch handlungsfähig zu bleiben, braucht die Organisation eine starke Mitgliederbasis und wirksame Strukturen. Damit tragen wir dazu bei, die Unabhängigkeit und Zukunftsfähigkeit der Organisation zu sichern.

Zur Verstärkung unserer kompetenten Teams suchen wir ab sofort eine/n geeignete/n

Sekretär/Sekretärin beim Vorstand

FB Organisation und Personal – Ressort Organisation

Tätigkeit

- ▶ Planung, Konzipierung und Umsetzung organisationspolitischer Themen und Bündelung mit zentralen Handlungsfeldern sowie der Initiierung von Schwerpunktaktionen
- ▶ Initiierung von Aktivitäten mit experimentellen Wert für die Weiterentwicklung von organisationspolitischen Handlungs- und Betreuungskonzepten
- ▶ Beratung und Betreuung von Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen
- ▶ Analytische Aufbereitung von organisationspolitischen Handlungsfeldern in der Organisationsberatung
- ▶ Initiierung von Projekten

Ihr Profil

- ▶ Abgeschlossene Berufsausbildung sowie mehrjährige Berufserfahrung und Fachwissen, das durch (Fach-) Hochschulausbildung oder vergleichbare Ausbildungsgänge, wie Europäische Akademie der Arbeit, Trainee etc. erworben wurde
- ▶ Langjährige organisationspolitische Erfahrungen und gute Kenntnisse der Organisationsstrukturen, insbesondere der Funktions- und Mitgliederbetreuung
- ▶ Ausgeprägte analytische und konzeptionelle Fähigkeiten; Fähigkeit eigenverantwortlich zu planen und zu organisieren
- ▶ Gute rhetorische, methodische und kommunikative Kompetenzen
- ▶ Erfahrungen in der Projekt- und Teamarbeit und mit ehrenamtlichen Netzwerken
- ▶ Hohe Einsatzbereitschaft, Flexibilität und Mobilität
- ▶ Freundliches und gewinnendes Auftreten nach innen und außen
- ▶ Kenntnisse moderner Büroorganisation und -kommunikation
- ▶ Fundierte Kenntnisse im Umgang mit den bei der IG Metall eingesetzten Standard-Software-Produkten (MS-Office-Paket), Internet und Intranet

Es handelt sich um eine unbefristete Vollzeitstelle, die ab sofort zu besetzen ist.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie uns Ihre aussagefähigen und vollständigen Bewerbungsunterlagen bis zum 23.02.2014 (per Post).

IG Metall Vorstand

Frau Katarina Fay

FB Organisation und Personal

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

60329 Frankfurt

Energiewende nicht zerreden

Energiewende. Der DGB sieht zwar bei den geplanten Reformschritten zur Energiewende positive Ansätze, doch „der Teufel steckt im Detail“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. So werde die Frage der „Altlasten“ im Konzept von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel nicht berücksichtigt. Für die historisch bedingten Umlagemilliarden werde ein Energiewende-Fonds benötigt. Positiv bewertet der DGB den Bestandsschutz für Altanlagen und die verpflichtende Direktvermarktung. Hexel warnt jedoch davor, Betriebe mit der EEG-Umlage zu belasten, die ihren Strom selbst erzeugen. Dieser Vorschlag könnte „je nach Ausgestaltung zur Bürde für die Energiewende werden“. Ein weiteres Thema gehört nach Ansicht des DGB auf die Prioritätenliste: die Energieeffizienz inklusive einem verstärkten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. ●

| www.dgb.de/-/F0Z

Willkommenskultur fördern

In einer gemeinsamen Erklärung fordern der DGB und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) „ökonomische und gesellschaftliche“ Teilhabe für junge Menschen, die in Deutschland arbeiten, studieren oder eine Ausbildung beginnen wollen. „Mit übertriebenen Befürchtungen über massenhafte

Zuwanderung in die Sozialsysteme verpassen wir jedoch die Chance, gut qualifizierten Fachkräften das Signal zu senden, dass sie in Deutschland willkommen sind und dringend benötigt werden“, betonen der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und BDA-Präsident Ingo Kramer.

| www.dgb.de/-/FRp

Keine Ausnahmen

Mindestlohn. Bei den von der Union und Arbeitgebern gewünschten Ausnahmen beim Mindestlohn würden zwei Millionen Beschäftigte nicht von der Einführung profitieren. Dies wäre über ein Drittel der ArbeitnehmerInnen, die zur Zeit unter 8,50 Euro in der Stunde verdienen,

errechnete das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Ausnahmeregelungen sind deshalb für den DGB inakzeptabel. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erwartet, dass bei „dieser historischen Reform“, für die die Gewerkschaften jahrelang gekämpft hätten, „keine unsinnigen Ausnahmen“ eingeführt werden. ●

● TELEGRAMM

Die **Rente mit 63** ist ein wichtiger Übergang in die Rente, betont der DGB. Die Sorge, das Gesetz werde ein Freibrief für ein Frühverrentungsprogramm, teilt der DGB nicht. Dies zu verhindern, sei aber die Aufgabe der Arbeitgeber selbst. Die Bundesregierung könnte, so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, „mögliche Frühverrentungsstrategien der Arbeitgeber durch die Wiedereinführung der Erstattungspflicht durchkreuzen“.

Beim **Datenschutz** erwartet der DGB mehr Einsatz der Bundesregierung für Arbeitnehmerrechte. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer setzt darauf,

dass bei den Verhandlungen auf EU-Ebene das Niveau im Beschäftigtendatenschutz nicht noch abgesenkt wird. Die Bundesregierung müsse vor allem auch darauf achten, dass weiterhin nationale Regelungen möglich sind.

Für eine **Vermögensabgabe** spricht sich die Bundesbank aus. Allerdings soll der Zugriff auf private Nettovermögen nach Ansicht der Notenbank nur bei einer drohenden staatlichen Insolvenz möglich sein. Für eine solche Lösung spreche auch, dass sich bei einer solchen Regelung „die gesellschaftliche Akzeptanz des finanzpolitischen Kurses“ verbessern könnte.

| www.bundesbank.de

Jünger und attraktiver

Der Aufwärtstrend bei den Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften hat sich 2013 fortgesetzt. Es ist ihnen gelungen, die Mitgliederzahlen bei rund 6,14 Millionen zu stabilisieren. Fünf Gewerkschaften, die IG Metall, die NGG, die GEW, die GdP und ver.di, konnten 2013 ein Mitgliederplus erzielen.

Mitgliederzahlen. Ende 2013 zählten die acht DGB-Gewerkschaften insgesamt 6 142 749 Mitglieder. „2013 sind jeden Tag rund 1000 Menschen in eine DGB-Gewerkschaft eingetreten. Die Beschäftigten engagieren sich zunehmend gemeinsam für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Sie wollen auch bei der Arbeit mitbestimmen“, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. „Die deutschen Gewerkschaften haben sich weiter konsolidiert und sind attraktiv“, resümiert er. Sie konnten die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre fortsetzen. „Das ist ein Verdienst unserer vielen Kolleginnen und Kollegen vor Ort, denen ich herzlich für ihre gute Arbeit danke“, so Hexel. Insgesamt haben die

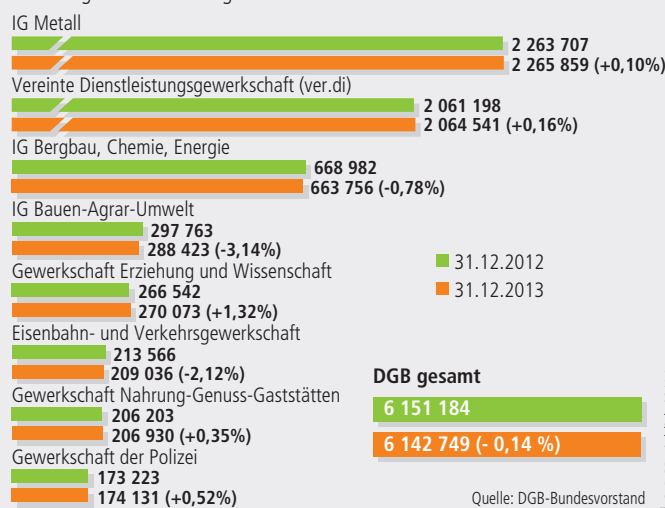
Gewerkschaften im DGB 336 030 neue Mitglieder gewonnen. Mit der GEW (+ 1,32 %), der GdP (+ 0,52 %), der IG Metall (+ 0,10 %), der NGG (+ 0,35 %) und ver.di (+ 0,16 %) sind fünf DGB-Gewerkschaften auch im Saldo nach Abzug der Abgänge im Plus.

Wie bereits in den beiden vorangegangenen Jahren konnten die Gewerkschaften insbesondere bei der Jugend punkten. Bei den Mitgliedern bis 27 Jahre beträgt der Zuwachs 2,6 Prozent. „Für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften ist das eine sehr wichtige Entwicklung“, betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Beispiel IG Metall: Mit einem Plus von 1,8 Prozent sind nun rund 227 000 unter 27-Jährige in der Gewerkschaft organisiert. „Die IG Metall wächst am stärksten bei jungen Menschen“, freut sich Detlef Wetzels, Erster Vorsitzender der IG Metall. Sie bleibe „die größte politische Jugendorganisation der Republik“. Überdurchschnittlich sind mit einem Plus von 1,4 Prozent ebenso die Zuwächse der NGG bei den Jungen. Und die IG BCE war 2013 bei der Mitgliederwerbung bei den Auszubildenden so erfolgreich wie in den vergangenen Jahren. Zwei von drei Jugendlichen des aktuellen Ausbildungsjahrgangs sind bereits Mitglied.

Bereits im sechsten Jahr in Folge ist es der GEW gelungen, 2013 ein Mitgliederplus zu erreichen und jetzt die „270 000er-Marke“ zu knacken. „Allen Diskussionen über die schwindende Bindungskraft von Großorganisationen zum Trotz: Die GEW gewinnt Mitglieder und freut sich, dass insbesondere sehr viele junge Pädagoginnen und Pädagogen in die Bildungs-

Fünf Gewerkschaften im Plus

DGB-Mitgliederentwicklung 2012 – 2013



2013 ist es den DGB-Gewerkschaften gelungen, die positiven Entwicklungen in der Mitgliederentwicklung der letzten Jahre fortzusetzen.

gewerkschaft eintreten“, erklärt die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Auch die GdP hat wie bereits in den letzten vier Jahren ihre Mitgliederzahl erhöht – 2013 um 0,52 Prozent.

Erstmals seit ihrer Gründung meldet die zweitgrößte DGB-Gewerkschaft ver.di für 2013 einen Mitgliederzuwachs. Zum Jahresende 2013 waren insgesamt 2 064 541 Mitglieder in ver.di organisiert, 0,16 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Jahresverlauf traten 131 545 Mitglieder neu in ver.di ein, 12 943 mehr als 2012. Vor allen in Tarifaussensetzungen gewinne die Gewerkschaft Mitglieder, so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, etwa im Fachbereich Handel, wo sie um drei Prozent zulegen. Jetzt gehe es darum, diese positive Mitgliederentwicklung zu stabilisieren. „Dazu werden wir unsere Präsenz in den Betrieben weiter stärken und gleichzeitig die individuelle Beratung der Mitglieder, unter anderem im Rechtsschutz, ausbauen“, so Bsirske.

Gelungen ist ver.di wie den meisten Gewerkschaften auch, erneut den Anteil der erwerbstätigen Mitglieder, die Basis einer erfolgreichen Betriebs- und Tarifpolitik, zu erhöhen auf nun 75,98 Prozent. Im sechsten Jahr in Folge verzeichnete ver.di unter den erwerbstätigen Mitgliedern mehr Eintritte (127 286) als Austritte (83 344). Überproportional ist auch bei der NGG mit einem Plus von 1,2 Prozent die Gruppe der erwerbstätigen Mitglieder gewachsen. „Das zeigt, dass die NGG stark in den Betrieben verankert ist. Wir sind nah dran an den Beschäftigten vor Ort und das kommt an“, erklärt NGG-Vize Burkhard Siebert. ●

Qualitatives Wachstum

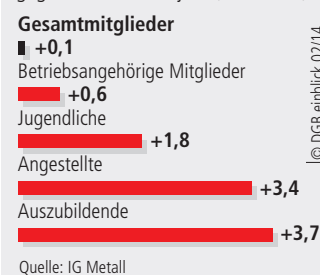
IG Metall. Im dritten Jahr in Folge hat die IG Metall 2013 ihren erfolgreichen Kurs in der Mitgliederwerbung fortgesetzt. Bereits 2011 hatte sie die Trendwende in der Mitgliederentwicklung erreicht. „Unsere positive Mitgliederentwicklung ist keine Eintagsfliege, wir haben den Trend stabilisiert“, so Detlef Wetzels, Erster Vorsitzender der IG Metall. Ende 2013 betrug die Zahl der Mitglieder 2 265 859, und damit 0,10 Prozent mehr als 2012.

Für eine zukunftsfähige IG Metall sei die Entwicklung bei den Betriebsangehörigen und einzelnen Beschäftigtengruppen, wie den kaufmännischen Angestellten, den Ingenieuren und den technischen Experten, bei der Jugend, bei der Leiharbeit und im Dienstleistungsbereich von großer Bedeutung, so Wetzels. Hier habe die IG Metall überproportional gewonnen.

Absolute Zahlen sagten wenig über die Struktur der Mitgliedschaft und damit über die Zukunftsfähigkeit der IG Metall aus, betont Wetzels. Deshalb werde die IG Metall künftig ihre „Strategie nicht mehr so stark auf die Gesamtzahlen ausrichten, sondern ein qualitatives Wachstum in den Fokus stellen“. ●

Attraktiv für Jugend und Angestellte

Veränderungen in der Mitgliederentwicklung der IG Metall in 2013 gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)



Besonders viele neue Mitglieder konnte die IG Metall bei der Jugend, insbesondere den Auszubildenden, bei den Angestellten und den Betriebsangehörigen insgesamt werben.

Theater auf Entdeckungsreise

Festival. Die Ruhrfestspiele Recklinghausen begeben sich auf eine faszinierende Exkursion. Unter dem Motto „Inselreiche. Land in Sicht – Entdeckungen“ werden vom 1. Mai bis 15. Juni Theater- und Musikstücke rund um das Thema Inseln – im geographischen und metaphorischen Sinn – aufgeführt. Werke und AutorInnen

aus Irland, Großbritannien, Sizilien, Japan, Australien, der Karibik und der Iberischen Halbinsel stehen auf dem Programm. Gastspiele des irischen Nationaltheaters und des Tokyo Metropolitan Theatre aus Japan runden die Inseleindrücke ab. Renommiertere deutsche Schauspieler wie Hannelore Elsner, Ulrich Matthes und Katja Riemann lesen Werke von James Joyce und William Golding. Zum ersten Mal beteiligen sich die Ruhrfestspiele am 28. Juni an der „ExtraSchicht“, der Nacht der Industriekultur im Ruhrpott, mit Musik, Tanz und Theater. Die Ruhrfestspiele, deren Gesellschafter der DGB ist, sind das älteste Theaterfestival Europas. Sie fanden zum ersten Mal 1947 statt. Damals dankten sich Hamburger Schauspieler mit Aufführungen für die Solidarität der Recklinghäuser Bergleute, die im Winter zuvor Kohle zum Heizen der Theater nach Hamburg geschickt hatten. ●



Foto: Ruhrfestspiele

Rund um das Festspielhaus Recklinghausen werden im Rahmen der Ruhrfestspiele in 15 Spielstätten 307 Aufführungen von 100 verschiedenen Produktionen dargeboten.

www.ruhrfestspiele.de

● INTERREGIO

Nach Informationen des **DGB Nord** wird ein Großteil der Auszubildenden, die aus Südeuropa nach Norddeutschland kommen, in der **Billiglohn-Branche** beschäftigt. Von rund 400 angeworbenen Jugendlichen arbeiten 270 in Hotels und Gaststätten. DGB-Bezirksvorsitzender Uwe Polkaehn forderte die Einhaltung von Qualitätsstandards. Die angeworbenen Jugendlichen dürften nicht als Billiglöhner ausgebeutet werden, sondern müssten nachhaltig qualifiziert werden.

www.nord.dgb.de/-/F1L

Das Gewerkschaftshaus in Mainz, Sitz des **DGB Rheinland-Pfalz – Saarland**, ist in **Julius-Lehnbach-Haus** umbenannt worden. Lehlbach war von 1965 bis 1986 Landesvorsitzender des DGB Rheinland Pfalz. Der derzeitige DGB-Bezirksvorsitzende Dietmar Muscheid würdigte ihn als „verdienten Gewerkschafter mit Ecken und Kanten“, der seine Anliegen energisch durchsetzte.

www.west.dgb.de/-/Fn1

Der **DGB Frankfurt am Main** und die Deutsche Journalisten-Union (dju) laden zum **Informationsabend** „Die Nazis und ihre Medien“ am 7. Februar ein. Die Experten Hanning Voigts, Journalist der Frankfurter Rundschau, und Sascha Schmidt, DGB-Jugendbildungsreferent, berichten über die alten und neuen Kommunikationswege der Rechten. Um Anmeldung wird gebeten (Telefon: 069-25691524).

www.frankfurt-rhein-main.dgb.de/-/FEq

Das „Haus der Gewerkschaften“ des **DGB Trier** wurde als **„Ort der Vielfalt“** ausgezeichnet. Die gleichnamige Initiative überreichte ein entsprechendes Hinweisschild an die Gewerkschaften und den VdK, die dort ihren Sitz haben. DGB-Regionsgeschäftsführer Christian Schmitz hob als Grund für die Bewerbung hervor, dass sich die Gewerkschaften für eine gerechte Teilhabe von MigrantInnen einsetzen.

www.trier.dgb.de/-/Fn6

Studieren an der Europäischen Akademie der Arbeit

Ein interessantes Studium mit den Schwerpunkten Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Sozialpolitik sowie Organisation und Management bietet die Europäische Akademie der Arbeit (EAdA) in Frankfurt/Main. Ob Vorlesung, Workshop oder Exkursionen – die Studieninhalte werden in dem

elfmonatigen Lehrgang vielfältig vermittelt und gemeinsam erarbeitet. Die Bewerbungsfrist für das Studienjahr 2014, das im Oktober beginnt, läuft bis 11. Mai. Bewerben können sich Beschäftigte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder gleichwertiger Berufserfahrung. Interessierte sollten

sich durch gesellschaftspolitisches Engagement, etwa im Betrieb oder in einer Gewerkschaft, auszeichnen. Das Studium ist kostenfrei. Wer Mitglied einer DGB-Gewerkschaft ist, kann sich bis 31. März für ein Stipendium bei der jeweiligen Einzelgewerkschaft bewerben.

www.akademie-der-arbeit.de



Zukunftstag 2014

Veranstaltung. Mädchen ab der 5. Klasse können sich am Girls' Day über männerdominierte Berufe – von der Bauingenieurin bis zur Werkstoffprüferin – informieren. Dieses Jahr bereits am 27. März, da die Osterferien in den April fallen. Die Schülerinnen erleben in Laboren, Werkstätten, Büros und Plenarsälen wie spannend die Arbeit dort ist. Der DGB ist Aktionspartner des Mädchen-Zukunftstages. 2013 nahmen über 100 000 junge Frauen das Angebot wahr, 9200 Unternehmen aus Technik, Wirtschaft und Politik beteiligten sich. ●

www.girls-day.de

Migranten stärken

Bündnis. Mobile ArbeitnehmerInnen sind oft von Arbeitsausbeutung betroffen. Um ihre Rechte durchzusetzen und die Behörden für ihre Belange zu sensibilisieren, bietet der DGB Berlin-Brandenburg seit Oktober 2013 im Rahmen des

Projekts „Bündnis gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“ Schulungen unter anderem für Zoll und Polizei an. In Kooperation mit dem DGB-Projekt Faire Mobilität werden ArbeitsmigrantInnen in Frankfurt/Oder und Potsdam beraten. ●

www.bit.ly/Bündnis

● BUCHTIPP



Stefan Schmalz, Klaus Dörre (Hg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Campus Verlag 2013, 454 Seiten, 34,90 Euro.

Mitten in der Weltwirtschaftskrise haben die Gewerkschaften die Trendwende zu mehr Mitgliedern und Einfluss geschafft. Wie kam es zu diesem Comeback der

„Dinosaurier des Industriezeitalters“? Dieser Frage gehen die AutorInnen im fünften Band der Internationalen Arbeitsstudien nach. Sie legen dar, wie sich das gewerkschaftliche Krisenmanagement bewährt hat und durch innovative Strategien neue Mitglieder und damit neues Selbstbewusstsein gewonnen wurde. Im Mittelpunkt stehen hier neue Formen der Partizipation. Den Blick richten die AutorInnen auch auf die Bewältigung vergangener Krisen und in die europäischen Nachbarländer. Auch die Situation und die Entwicklung der Gewerkschaften in den USA, China, Südafrika und Uruguay wird beleuchtet.

Gute Arbeit am Set

Sinkende Gagen, unsichere Perspektiven und eine unzureichende soziale Absicherung bestimmen den Arbeitsalltag vom Filmschaffenden. ver.di und der Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler (BFFS) wollen das gemeinsam ändern.

Filmbranche. „Schauspielerei ist der schönste Beruf der Welt“, stellt der Schauspieler Heinrich Schafmeister klar. Doch auch bei Film- und Fernsehproduktionen werde immer härter kalkuliert, oft auf Kosten der Beschäftigten. Diese müssen laut Schafmeister in kürzeren Produktionszeiten und bei sinkenden Gagen immer mehr schaffen. Über das Jahr gesehen, reicht das Einkommen bei Vielen kaum zum Leben. Phasen ohne Dreh belasten die Erwerbsbiografien. Viele Filmschaffende sind zwischen den Engagements auf Arbeitslosengeld I angewiesen, immer mehr auch auf Hartz-IV-Leistungen, weil sie durch zu wenige Drehtage keinen Anspruch auf ALG I haben. 2006 haben SchauspielerInnen den Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler (BFFS) gegründet, um die Vertretung ihrer Interessen zu verstärken. Schafmeister ist BFFS-Vorstandsmitglied, Schatzmeister und unter anderem zuständig für Tarifpolitik. Gemeinsam mit ver.di will der BFFS für bessere Arbeitsbedingungen am Filmset sorgen.

Ein erster gemeinsamer Erfolg ist der seit dem 1. Januar geltende Tarifvertrag für SchauspielerInnen mit der Produzentenallianz, der die wichtigsten Unternehmen in der Film- und Fernsehproduktion angehören. ver.di-Tarifexperte Matthias von Fintel erklärt: „Dieser Tarifabschluss schützt Filmschauspieler vor weiter sinkenden Drehtagsgagen.“ Gerade Berufseinsteiger hätten in den letzten Jahren immer geringere Gagen erhalten, so von Fintel. Der Tarifvertrag sieht deshalb



Der Schauspieler Heinrich Schafmeister („Comedian Harmonists“, „Wilsberg“) ist seit 2006 Vorstandsmitglied und Schatzmeister beim BFFS. Er lobt die Zusammenarbeit mit ver.di in den Tarifverhandlungen: „Nur mit Bündnissen haben wir eine Chance, die großen gemeinsamen Ziele durchzusetzen.“ Der BFFS habe von Anfang an die Zusammenarbeit mit ver.di gesucht. Besonders bei Tarifverhandlungen pflegen ver.di und BFFS eine enge Partnerschaft, erklärt Schafmeister.

einer speziellen Formel werden alle Berufsgruppen aus den Bereichen Regie, Kamera, Szenen-, Kostüm- und Maskenbild, Filmmontage, Animation, Tongestaltung und Schauspiel am Erlös eines Films beteiligt. Die Sondervergütung sieht – sobald der Produzent die für die Filmherstellung eingesetzten Eigenmittel eingespielt hat – eine Einstiegsbeteiligung in Höhe von 7,5 Prozent vor. Matthias von Fintel erläutert: „Für Filmschaffende haben wir einen neuen Einkommensbestandteil geschaffen. Auch wenn nur wenige deutsche Kinofilme wirtschaftlich erfolgreich sind, können alle Verwertungserlöse aus Kino, Fernsehen, Medienvertrieb und internationalem Verkauf zusammengenommen über die Jahre zu einem Zusatzverdienst für Filmschaffende führen.“ Schafmeister lobt nach den Verhandlungen den Teamgeist, mit dem sich die VertreterInnen aus den verschiedenen Berufen auf eine gerechte Anteilsquote geeinigt haben.

Aktuell verhandeln ver.di und BFFS mit den Arbeitgebern über die Inhalte eines Manteltarifvertrages. Zentrale Forderungen der ArbeitnehmervertreterInnen: Die in der Branche vereinbarte Tageshöchst Arbeitszeit von aktuell 13 Stunden soll auf zwölf Stunden gesenkt werden. Schafmeister erläutert: „Die auftraggebenden Sender lassen unseren Filmproduzenten finanziell wenig Spielraum, sodass immer weniger Drehtage angesetzt werden.“ Die Folge sei dann immer öfter ein „Mörderdrehpensum“ von 13 Stunden am Tag. „Das geht nicht nur auf die Knochen des Teams, darunter leidet auch das Niveau der Filme, Reihen und Serien“, warnt der Schauspieler. Für ihn ist es wichtig, dass man gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen kämpft. „Wir Filmgesichter stehen zwar vor der Kamera im Rampenlicht, aber ohne das Team gäbe es keine Kamera, keine Rampe, kein Licht.“ ●

● MEHR ZUM THEMA

Schauspielerpreis ausgelobt

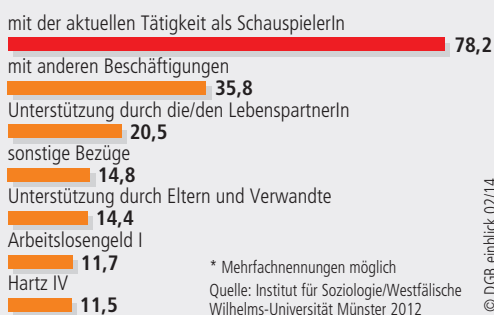
Im Rahmen der Verleihung des Deutschen Schauspielerpreises am 10. Februar wird die ver.di FilmUnion in Kooperation mit dem Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler (BFFS) erstmalig eine Auszeichnung für besonderes Engagement für die Interessen der Filmschaffenden verleihen.

Mit dem Preis „Starker Einsatz“ soll eine Person oder Personengruppe geehrt werden, die im oft schwierigen Alltag der Filmproduktion für Fairness und gute Arbeitsbedingungen sorgt. Der Preis setzt die Tradition des ver.di-Fernsehpreises fort, die 1964 mit dem in Hamburg gestifteten Fernsehpreis der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) begann und zuletzt als ver.di-Fernsehpreis an Drehbuch und Regie verliehen wurde.

Unter den Preisträgern finden sich große Namen aus dem deutschen Fernsehen wie Matthias Esche (1988), Heinrich Breloer (1994) oder Ulrich Plenzdorf (1995). 2011 ging die Auszeichnung an Robert Thalheim für das Drehbuch von „Am Ende kommen Touristen“ und an Aelrun Goette für die Regie bei „Keine Angst“. Der diesjährige Preisträger wird am Abend der Preisverleihung bekannt gegeben.

Schauspielerei reicht oft nicht

Anteil von Einkommensarten*, mit denen SchauspielerInnen ihren Lebensunterhalt finanzieren (in Prozent)



Viele SchauspielerInnen sind auf zusätzliche finanzielle Einkünfte und Unterstützung angewiesen.

eine Einstiegsgage von 750 Euro pro Drehtag vor, unter der ausgebildete BerufseinsteigerInnen nicht vergütet werden dürfen. „Mit der Einstiegsgage ziehen wir im Film- und Fernsehbereich die Notbremse“, betont Schafmeister.

Ein weiterer Erfolg für ver.di und den BFFS: Die rund 25 000 Filmschaffenden werden ab sofort auch von den Verwertungserlösen von Filmen profitieren. Mit

● IM NETZ

www.connexx-av.de
Das ver.di-Projekt Connexx AV vertritt Medienschaffende und setzt sich unter anderem auch für Filmbeschäftigte ein.

— ● KURZ & BÜNDIG —

ver.di hat die von der Bundesregierung vorgelegten Eckpunkte für die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) als „wichtigen Meilenstein“ begrüßt. ver.di fordert einen „verlässlichen Ausbaukorridor“ und klare Vorgaben für die Integration der erneuerbaren Energien in den Strommarkt.

BCE Die IG BCE hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) Unterstützung für einen Neustart der Energiewende zugesagt. Das vorgelegte Eckpunktepapier zum EEG gehe in die richtige Richtung. Die Energiewende brauche mehr Innovationen und marktwirtschaftliche Orientierung, fordert die IG BCE.

EVG Die EVG macht das „4. Eisenbahnpaket“ zum Thema im Europawahlkampf. Unter dem Motto „Keiner soll sagen, er habe nichts gewusst“ hat die EVG alle KandidatInnen für die Wahl zum EU-Parlament angeschrieben, um vor den Folgen des Pakets zu warnen. Unter anderem seien dadurch die konzernweiten Arbeitsmärkte bei der Deutschen Bahn und den privaten Eisenbahnunternehmen bedroht.

IG BAU Die IG BAU hat ein Positionspapier zum Thema Tierschutz veröffentlicht. Darin heißt es: „Mehr Tierwohl im Stall setzt gut ausgebildete motivierte Fachkräfte voraus.“ Die Einhaltung von Arbeits- und Gesundheitsschutzvorschriften sei die Grundlage für einen exzellenten Tierschutz, betont die IG BAU.
www.bit.ly/igbau_pap2014

Mindestlohn und Marshallplan



Foto: Marco Urban

Knapp acht Jahre lang war Claus Matecki Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. Dort war er unter anderem für die Mindestlohnkampagne verantwortlich.

Abschied. Ende Januar endete die Amtszeit von Claus Matecki im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV). Der Diplom-Pädagoge, der am 17. Januar seinen 65. Geburtstag feierte, gehörte seit 2006 dem GBV an. „Claus ist ein Gewerkschafter durch und durch“, würdigt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer seinen Vorstandskollegen. „Seine Anfänge lagen in der Bildungsarbeit, einem Kernbereich gewerkschaftlicher Arbeit“, so Sommer. Nach der Wende habe er nicht nur „über das Zusammenwachsen geredet, sondern mit angepackt und den Organisationsaufbau in Sachsen-Anhalt, in Magdeburg unterstützt“. Danach war er Vorstandssekretär und Büroleiter des damaligen IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters.

In den GBV gewählt wurde Claus Matecki auf dem DGB-Bundeskongress 2006. Im gleichen Jahr beschloss das „Parlament der Arbeit“ auch die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Der Vorstandsbereich von Claus Matecki startete kurz darauf dazu eine politische Kampagne.

„Der Kampf für den gesetzlichen Mindestlohn war ein Bohren dicker Bretter“, fasst Matecki zusammen. Zahlreiche Aktionen, stetes Informieren via Internet und Broschüren sowie Lobbyarbeit haben Wirkung gezeigt. Die Große Koalition hat die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro beschlossen.

„Seine Amtszeit beim DGB wird immer mit dem Mindestlohn verknüpft bleiben, obwohl er viel mehr Themen beackert hat“, sagt Michael Sommer. Dazu gehört zum Beispiel auch sein Engagement in der europäischen Wirtschaftspolitik, etwa um alternative Lösungsvorschläge zur rigiden Sparpolitik in der EU zu entwickeln. Der Marshallplan des DGB

ist eine Alternative zur unsozialen und einseitigen Kürzungspolitik zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und der RentnerInnen in Europa, so Matecki. „Nur durch Investitionen in Wachstum und Beschäftigung kann den südeuropäischen Ländern wieder auf die Beine geholfen werden“, bekräftigt Matecki.

Fortschritte konnte der Vorstandsbereich von Claus Matecki auch beim Thema Regulierung der Leiharbeit erreichen – etwa beim Tarifabschluss der DGB-Tarifgemeinschaft zur Leiharbeit, der neben der Festschreibung eines Mindestentgeltes von 8,50 Euro pro Stunde auch den Einsatz von Leiharbeitskräften als Streikbrecher verbietet.

Auch für die Finanzen des DGB war Claus Matecki zuständig. „Der Haushalt ist konsolidiert. Der DGB kann finanziell gefestigt die Aufgaben der nächsten Jahre wahrnehmen“, lautet sein Fazit. Vieles, was während seiner Amtszeit erreicht wurde, wäre ohne sein engagiertes Team nicht möglich gewesen, betonte er zum Abschied und bedankte sich für die gute Arbeit. ●

Reform überfällig

Studienförderung. Aus Sicht des DGB ist eine Reform des BAFöG überfällig. Neben der Erhöhung der Fördersätze, zuletzt 2010 angehoben, sind auch Strukturreformen nötig. Die Bundesregierung greift in ihrem BAFöG-Bericht gewerkschaftliche Forderungen auf, darunter die Anhebung der Fördersätze. Völlig unklar bleibt aber die Finanzierung. Der DGB hält Ausgaben von 1,5 Milliarden Euro bis 2017 für notwendig. Im Gegenzug könne das „bildungspolitisch nutzlose Deutschland-Stipendium“ abgeschafft werden, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. ●

Kongress: Soziale Rechtspolitik

Vom 25. bis zum 26. März findet der Rechtspolitische Kongress von DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin statt. Unter dem Motto

„Demokratisierung von Gesellschaft und Arbeitswelt – Impuls für eine soziale Rechtspolitik“ diskutieren ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. So wird Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) ein Grußwort sprechen. Als ReferentInnen werden unter anderem der Präsident des Bundessozialgerichts Peter Masuch,

der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, DGB-Vorstandsmitglied Reiner Hoffmann, BDA-Präsident Ingo Kramer und die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis sprechen. Über Programm, ReferentInnen und Themen können sich ab sofort alle Interessierten auf der Internetseite zum Kongress informieren. ●
www.rechtspolitischer-kongress.de



Anzeige

25 BuchKellner

Das **AntiKündigung-Buch vom Kollegen Kellner**

14,90 €

kellnerverlag.de

Mitbestimmung globalisieren

Klaus Hering, Betriebsratsvorsitzender der ArcelorMittal in Bremen und Mitglied im Euro-Betriebsrat des weltgrößten Stahlkonzerns, skizziert, wie Arbeitnehmerinteressen in globalisierten Unternehmen vertreten werden können.

Multinationale Konzerne. Seit fast 20 Jahren sammeln wir im Bremer Werk von ArcelorMittal Erfahrungen als Betriebsrat in einem zunächst europäischen und mittlerweile globalen Konzern. Es hat sich gezeigt: Die Herausforderungen an die Interessenvertretung in einem globalisierten Unternehmen sind vielschichtig, belastbare, stabile Grundlagen für unsere Arbeit mehr Wunsch statt Wirklichkeit. Mitbestimmungsstrukturen mit Betriebsräten auf Grundlage des Betriebsverfas-

„Die Montanmitbestimmung wird in einem internationalen Konzern als Inselmodell auf Dauer ihren Wert verlieren, wenn es nicht gelingt, die Mitbestimmung in Europa zu stärken.“

sungsgesetzes oder ein montanmitbestimmter Aufsichtsrat sind in einem globalen Konzern mit nicht-deutschem Kern weiterhin die Ausnahme.

Unser Verständnis von Mitbestimmung schließt in vielen Situationen Mitverantwortung mit ein. Dies stößt auch im europäischen gewerkschaftlichen Umfeld auf Vorbehalte. Die unterschiedlichen Ansätze und Kulturen der Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen in den verschiedenen europäischen Ländern erschweren ein gemeinsames Handeln in Krisen.

Ein Beispiel: Die deutsche Mitbestimmung setzt auf frühzeitige Information der ArbeitnehmervertreterInnen und bezieht sie schon bei der Entwicklung von Umstrukturierungen in Unternehmen mit ein. In den meisten anderen europäischen Ländern werden die Interessenvertretungen dagegen erst mit den Endergebnissen von Prozessen konfrontiert und reagieren erst dann. Ohne zu bewerten, welcher Weg erfolgreicher ist, verhindern diese unterschiedlichen Haltungen verpflichtende und belastbare Vorgaben für die Konzernführung. Ein stärker einheitliches europäisches Verständnis von zentralen Punkten der Mitbestimmung ist eine der wichtigsten Grundlagen von Interessenvertretung in einer zunehmend internationalisierten Konzernlandschaft. Das ist kein rein juristisches Thema, sondern eine Grundsatzfrage in der europäischen Arbeitswelt und muss deshalb als gemeinsames Projekt der großen Gewerkschaften ein zentrales europäisches Thema werden.

Die künftige Bedeutung der lokalen Mitbestimmungsorgane in internationalen Konzernstrukturen steht und fällt mit der europäischen Entwicklung. Die Unternehmen sind als Töchter von internationalen Konzernen in deren Entscheidungsstrukturen abhängig eingebunden. Vorgelagerte Konzernentscheidun-

gen beeinflussen zunehmend die Möglichkeiten von Aufsichtsräten und Betriebsräten in diesen Konzernstrukturen. Je stärker die Konzernverflechtung ist, umso schwächer werden die lokalen Ebenen und damit auch der Gestaltungsrahmen für die Interessenvertretungen vor Ort. Der Einfluss auf Konzernprozesse ist begrenzt, und lokale Strukturen befinden sich in einer wachsenden Abhängigkeit zum Konzern.

Was folgt daraus für die Perspektiven der Interessenvertretung? Die Zukunft der deutschen Mitbestimmung ist in einem internationalen Konzern in erster Linie abhängig von der Entwicklung eines stärkeren, gemeinsamen europäischen Mitbestimmungsrahmens. Die Montanmitbestimmung wird in einem internationalen Konzern als Inselmodell auf Dauer ihren Wert verlieren, wenn es nicht gelingt, die Mitbestimmung in Europa zu stärken. Die Qualität dieser Mitbestimmungsform herauszustellen und KonzernvertreterInnen dafür zu gewinnen, ist ein wichtiges Element. Aber das allein reicht nicht. Dieses Vorgehen ist stets von Personen abhängig und keine verlässliche Zukunftsstrategie.

Vor allem im Personalbereich sind die Herausforderungen groß. Um den demografischen Wandel mit alternden Belegschaften und der zusätzlichen Problematik eines späteren Renteneintrittsalters gestalten zu können, sind stabile Gestaltungs- und Entscheidungsebenen im Unternehmen eine Voraussetzung für erfolgreiche Interessenvertretung. Die Veränderungen der Beschäftigtenstruktur in den Betrieben durch mehr Leiharbeit und verstärkten Einsatz von Werkverträgen

„Die Grundlagen für Interessenvertretungen entwickeln sich bisher nicht in der Geschwindigkeit der Konzernentscheidungen.“

müssen mit sozialen Regelungen für die Menschen beantwortet werden. Das setzt mehr statt weniger Mitbestimmung voraus.

Unsere Situation als Interessenvertreter in einem internationalen Konzern ohne deutschen Kern ist aktuell eher die Ausnahme. Zunehmend werden aber nationale Unternehmen in den kommenden Jahren in internationale Gesellschaften übergehen. Die Entwicklung wird zeigen, dass sich in Abhängigkeit von der neuen Konzernführung und deren Mitbestimmungskultur die Situation der lokalen Interessenvertretungen schnell ändern wird. Die Grundlagen für Interessenvertretungen entwickeln sich bisher nicht in der Geschwindigkeit der Konzernentscheidungen. Aber der Handlungsdruck ist jetzt da und nicht erst, wenn VW von einem chinesischen Autokonzern übernommen wurde. ●



Klaus Hering, 53, ist seit 2008 Betriebsratsvorsitzender bei ArcelorMittal Bremen und Mitglied des Europäischen Betriebsrats. Zuvor war er in der IG Metall-Vertrauenskörperleitung im Unternehmen aktiv.

Foto: IG Metall/LightUp Studios

Europäische Mitbestimmung

Euro-Betriebsräte. 1051 Europäische Betriebsräte (EBR) sind zu Beginn des Jahres 2014 aktiv. Das zeigen die aktuellen Zahlen des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI). 974 multinationale Unternehmen haben einen EBR, in 57 weiteren laufen derzeit die Verhandlungen, um einen EBR zu gründen. Deutschland ist vorne mit dabei: 200 Euro-Betriebsräte sind in Unternehmen aktiv, die hier ihren Hauptsitz haben. Rund 120 gibt es jeweils in Unternehmen, die in Großbritannien und Frankreich geführt werden.

Die Konzerngröße ist für die Gründung von EBR nicht entscheidend: In Unternehmen mit weniger als 5000 Beschäftigten sind 37 Prozent der EBR angesiedelt, in Unternehmen mit über 10 000 Beschäftigten sind es 36 Prozent. Der Grad der Internationalisierung ist hoch: 52 Prozent der Euro-Betriebsräte sind in Unternehmen tätig, die in mehr als zehn Ländern vertreten sind. Die Zahl der Neugründungen war zuletzt jedoch rückläufig: 2013 waren es nur 13. Grundlage für die Gründung von Euro-Betriebsräten ist die EBR-Richtlinie von 1994, die 2009 novelliert wurde. Die Neufassung beinhaltet erweiterte Zuständigkeitsregelungen und stärkt die Informationsrechte der EBR. ●

! www.worker-participation.eu

● DIE DGB-GRAFIK

Der Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) zeigt, dass mittlerweile quer durch alle Branchen Vollzeitbeschäftigte von Armut bedroht sind. Besonders häufig trifft es Beschäftigte im Gastgewerbe, im Sozialwesen und in den sonstigen Dienstleistungen, seltener ArbeitnehmerInnen im Fahrzeugbau oder in der Finanz- und Versicherungswirtschaft. Um gegenzusteuern, schlägt das WSI unter anderem einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn und die Stärkung von Flächentarifverträgen vor.

Armut: Niedrige Löhne sind Risikofaktor

Nettoeinkommen (in Euro) und Armutsquoten (in Prozent) in ausgewählten Branchen 2012

| | Armutsquote (%) | Nettoeinkommen (€) |
|--|-----------------|--------------------|
| Gastgewerbe | 35,8 | 1287 |
| Heime und Sozialwesen | 20,6 | 1491 |
| Sonstige Dienstleistungen | 20,4 | 1595 |
| Kunst, Unterhaltung, Erholung | 18,8 | 1820 |
| Nahrungs- und Genussmittel | 12,5 | 1642 |
| Erziehung und Unterricht | 9,5 | 2380 |
| Verkehr und Lagerei | 9,2 | 1861 |
| Telekommunikation/IT-Dienstleistungen | 4,2 | 2627 |
| Fahrzeugbau | 2,9 | 2438 |
| Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherungen | 2,8 | 2259 |
| Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | 2,6 | 2617 |

Quelle: WSI-Verteilungsbericht 2013

© DGB einblick 02/14

● PERSONALIEN

Die Delegierten der DGB-Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg haben **Doro Zinke**, 59, mit 90 Prozent der abgegebenen Stimmen als Bezirksvorsitzende im Amt bestätigt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde **Christian Hoßbach**, 50, mit 75 Prozent wiedergewählt.

Stefan Körzell, 51, ist erneut zum Vorsitzenden des DGB-Bezirks Hessen Thüringen gewählt worden. Die Delegierten der Bezirkskonferenz wählten ihn mit 96 Prozent der Stimmen. Neuer stellvertretender Bezirksvorsitzender ist **Sandro**

Witt, 32. Er erhielt 52 Prozent der Stimmen. Die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften haben Körzell für die Wahl in den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand vorgeschlagen. Entscheiden wird darüber der 20. Ordentliche DGB-Bundeskongress vom 11. bis 16. Mai in Berlin.

Elke Hülsmann, 50, ist neue Geschäftsführerin des DGB-Bildungswerks NRW. Sie folgt **Klaus Brülls**, 64, der in den Ruhestand geht. Hülsmann war zuvor als Geschäftsstellenleiterin beim Berufsbildungswerk des DGB.

● ONLINE-TIPP

Bundesagentur für Arbeit: www.berufe.tv



Mit einem neuen Filmportal im Internet berät die Bundesagentur für Arbeit junge Menschen bei der Berufswahl. Auf BERUFE.TV zeigen mehr als 350 Filme, was Auszubildende in verschiedenen Ausbildungsberufen erwartet – von der Anästhesietechnischen Assistentin bis zum Segelmacher. Zudem bietet das Portal Orientierung bei der Studienwahl und zeigt, was bei Bewerbungen zu beachten ist.

● TERMINE

4.2. DGB und TU Berlin, Ringvorlesung „Smart Economy für nachhaltige Arbeit und nachhaltigen Wohlstand?“, Thema „Energiewende und Green Economy“, Berlin

5.2. EVG, GdP, Deutsche Bahn u.a., Konferenz „Subjektive Sicherheit im Schienenverkehr“, Köln

6.2. Hans-Böckler-Stiftung, „16. Colloquium für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Arbeits- und Sozialrecht“, Kassel

7.2. ver.di, dju Hessen, DGB Frankfurt am Main, Diskussion „Die Nazis und ihre Medien“, Frankfurt am Main

8.2. DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, Bezirkskonferenz, Hannover

9.-15.2. ver.di Niedersachsen, Workshop „Reportage-Fotografie zum Thema ‚Arbeitswelt‘“, Hannover

11.2. DGB und TU Berlin, Ringvorlesung „Smart Economy für nachhaltige Arbeit und nachhaltigen Wohlstand?“, Thema „Nachhaltige Eigentumsformen – die Neuentdeckung der Genossenschaften?“, Berlin

11.2. DGB Hessen-Thüringen, Ausstellungseröffnung „Das krisengeschüttelte Griechenland“, Darmstadt

12./13.2. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, „10. Konferenz für Aufsichtsräte in börsennotierten Unternehmen“, Berlin

● SCHLUSSPUNKT

„Ich wünsche mir, dass die Deutschen begreifen, dass die Europäische Union vervollständigt werden muss, und nicht, dass wir uns über sie erheben.“

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt am 19. Januar auf die Frage, was er sich zum Geburtstag wünscht. Er wurde am 23. Dezember 95 Jahre alt.

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH

GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke

Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma

Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info

Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de

Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin

Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Gesetzliche Unfallversicherung**Der Heimweg ist versichert**

Liegt keine Unterbrechung des Heimweges vor, so ist ein auf dem Weg nach Hause erlittener Unfall als Arbeitsunfall anzuerkennen.

Der Fall: Am Unfalltag verließ der Arbeitnehmer nach Arbeitschluss seine Arbeitsstätte, kehrte kurz darauf aber noch einmal zurück, um seinen zurückgelassenen Geldbeutel zu holen. Im Betrieb erörterte er mit zwei Kollegen Probleme, die eine geplante Messeveranstaltung und seinen Aufgabenbereich betrafen. Als er danach erneut die Arbeitsstätte verließ, verunglückte er auf dem Heimweg. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Bewilligung einer Entschädigung ab, der Rückweg vom Betrieb sei eine eigenwirtschaftliche und unversicherte Fahrt gewesen. Der Arbeitnehmer habe demzufolge aus eigenwirtschaftlichen Gründen erneut seine Arbeitsstätte aufgesucht. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Der Arbeitnehmer war als Beschäftigter versichert, als er auf direktem Weg vom Arbeitsplatz zum Wohnort mit dem Motorrad stürzte. Entgegen der Auffassung der Berufsgenossenschaft befand er sich zum Unfallzeitpunkt auf der Rückfahrt von seiner versicherten Tätigkeit. Diese hatte er erneut aufgenommen, als er nach Rückkehr in den Betrieb mit Kollegen eine seinen Arbeitsbereich betreffende Angelegenheit besprach.

Bundessozialgericht,

Urteil vom 14. November 2013 - B 2 U 27/12 R

Arbeitsunfall**Hund attackiert Briefträger**

Wird ein angehender Briefträger während der Postzustellung im Rahmen von Probearbeitstagen von einem Hund angesprungen und dabei verletzt, ist dieser Unfall als Arbeitsunfall anzuerkennen.

Der Fall: Der Hartz-IV-Bezieher, der sich aus eigener Initiative als Briefträger beworben hatte, wurde probeweise als Postzusteller ohne Anspruch auf ein Entgelt eingesetzt. Der Abschluss eines schriftlichen Arbeitsvertrages wurde in Aussicht gestellt. Am dritten Tag seiner Tätigkeit erhielt er ein Dienstfahrrad, Dienstkleidung und Taschen mit Post, die er ohne Begleitung austragen sollte. Nachdem er etwa die Hälfte verteilt hatte, wurde er von einem Hund angesprungen, stürzte und zog sich einen komplizierten Beinbruch zu. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab, weil der Mann zum Unfallzeitpunkt weder als Beschäftigter noch als sogenannter Wie-Beschäftigter versichert gewesen sei. Der Mann habe in eigenwirtschaftlichen Motiven gehandelt, um eine Festanstellung zu erreichen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Der Mann war als Beschäftigter versichert. Die Beschäftigung lag dabei ungeachtet des Umstandes vor, dass der Abschluss eines Arbeitsvertrages lediglich in Aussicht gestellt worden war. Ihm seien Dienstfahrrad und -kleidung übergeben worden, sodass seine Unternehmenszugehörigkeit nach außen dokumentiert war. In der Übergabe von Post zur Verteilung innerhalb eines festgelegten Zeitraums in einem bestimmten Gebiet kommt zudem eine Weisungsgebundenheit zum Ausdruck. Entgegen der Auffassung der Berufsgenossenschaft ist die unfallbringende Verrichtung nicht dem unversicherten eigenwirtschaftlichen Bereich zuzuordnen.

Bundessozialgericht,

Urteil vom 14. November 2013 - B 2 U 15/12 R

Erwerbsminderung**Rente nur nach erfüllter Beitragszeit**

Wer Rente wegen Erwerbsminderung beansprucht, muss zum Zeitpunkt des Eintritts der vollen Erwerbsminderung von den letzten fünf Jahren mindestens drei mit Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung (oder Tätigkeit) belegt haben. Die Zeit einer Strafhaft verlängert den maßgeblichen Fünf-Jahres-Zeitraum nicht.

Bundessozialgericht,

Urteil vom 24. Oktober 2013 - B 13 R 83/11 R

Arbeitnehmerüberlassung**Darf nur vorübergehend sein**

Eine Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis deckt eine dauerhafte Arbeitnehmerüberlassung an einen Entleiher nicht.

Eine Überlassung von Arbeitnehmern ist nicht mehr nur vorübergehend, wenn dadurch ein Dauerbeschäftigungsbedarf abgedeckt wird. Als Folge der nicht nur vorübergehenden Arbeitnehmerüberlassung gilt ein Vertrag zwischen Arbeitnehmer und Entleiher als zustande gekommen.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,

Urteil vom 31. Juli 2013 - 4 Sa 18/13

Schwerbehindertenrecht**Zur Ermäßigung der Rundfunkbeiträge**

Wer aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung gehindert ist, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen, kann Ermäßigung der Rundfunkbeiträge beantragen. Ein Anspruch auf Ermäßigung besteht aber nur dann, wenn der Betroffene wegen seines Leidens allgemein und umfassend vom Besuch solcher Veranstaltungen ausgeschlossen ist. Eine Harn- bzw. Stuhlinkontinenz, die für den Betroffenen das Tragen von Windelhosen erforderlich macht, hat keinen solchen allgemeinen Ausschluss von der Teilnahme an Veranstaltungen zur Folge.

Sozialgericht Stuttgart,

Urteil vom 8. Mai 2013 - S 2 SB 5412/11

Sozialhilfe**Zahlt keinen „Leichenschmaus“**

Ein Sozialhilfeträger muss weder zusätzliche Beerdigungskosten für ein mehr als 1 000 Euro teureres Wahl- statt Reihengrab noch für einen „Leichenschmaus“ übernehmen. Der Sozialhilfeträger hat sich daran zu orientieren, welche Bestattungskosten ortsüblicherweise bei Beziehern unterer bzw. mittlerer Einkommen entstünden. Ein „Leichenschmaus“ zählt nicht hierzu.

Sozialgericht Heilbronn,

Urteil vom 9. Juli 2013 - S 11 SO 1712/12

Hörgeräte**Sollen Behinderung ausgleichen**

Die Krankenkassen haben für einen bestmöglichen Ausgleich der Hörstörungen ihrer Versicherten Sorge zu tragen, auch wenn die Kosten oberhalb des Festbetrages liegen.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,

Urteil vom 4. Juli 2013 - L 10 R 579/10